

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	18.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagworte	Keine Einschränkung
Akteure	Oehler, Edgar (cvp/pdc, SG) NR/CN, Evangelische Volkspartei (EVP), Partei der Arbeit (PdA), Schweizerische Volkspartei (SVP), Schweizerischer Arbeitgeberverband (SAV)
Prozesstypen	Bundsratsgeschäft
Datum	01.01.1965 - 01.01.2021

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Moser, Christian

Bevorzugte Zitierweise

Moser, Christian 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Bundesratsgeschäft, Partei der Arbeit (PdA), Evangelische Volkspartei (EVP), Schweizerische Volkspartei (SVP), Schweizerischer Arbeitgeberverband (SAV), 1979.* Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 18.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Bildung, Kultur und Medien	1
Medien	1
Radio und Fernsehen	1

Abkürzungsverzeichnis

SRG Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft

SSR Société suisse de radiodiffusion

Allgemeine Chronik

Bildung, Kultur und Medien

Medien

Radio und Fernsehen

BUNDESRATSGESCHÄFT
DATUM: 22.11.1979
CHRISTIAN MOSER

Das **Vernehmlassungsverfahren zum neuen Verfassungsartikel** über Radio und Fernsehen, der wegen des Tempos der technischen Entwicklung der Medien-Gesamtkonzeption vorgezogen werden muss, wurde Mitte Jahr **abgeschlossen**. Mit Ausnahme der FDP, der SVP und des Arbeitgeberverbandes, die einen reinen Kompetenzartikel befürworteten, sprachen sich die andern Stellungnahmen für eine inhaltsreichere Verfassungsaussage aus. Mehrheitlich wurde auch die Schaffung einer unabhängigen **Beschwerdeinstanz** gefordert. Die SRG selbst würde zwei getrennte Artikel begrüßen, um zu verhindern, dass die Kompetenzfrage nochmals der inhaltlichen Regelung zum Opfer fällt. Sie hatte zu Jahresbeginn ihre neuen Statuten genehmigt, die im wesentlichen die Öffnung der bis anhin geschlossenen Mitgliederorganisationen der Westschweiz, die Erleichterung der Neugründung von Mitgliedergesellschaften und die Vergrößerung des Zentralvorstands brachte. Die SRG meinte damit die Grundvorschläge der **Hayek-Reformstudie** aus dem Jahre 1973 verwirklicht zu haben, ihre Kritiker waren sich jedoch darin einig, dass sie damit begabren worden seien. Sie bemängelten insbesondere, dass eine repräsentative Zusammensetzung der Mitgliedergesellschaften und der Gremien weiterhin nicht gewährleistet ist und dass die zentralistischen Tendenzen eher verstärkt worden sind. Ende Jahr revidierten auch die Regionalgesellschaften der deutschen und rätoromanischen sowie der französischen Schweiz (DRS und SRTR) ihre Statuten, wobei letztere zur Bildung von sieben Kantonalgesellschaften aufrief, die die beiden bisherigen Trägerorganisationen in Genf und Lausanne ersetzen sollen. Die im Vorjahr vom Nationalrat überwiesene Motion Oehler (cyp, SG), die sich gegen eine 15-prozentige **SRG-Gebührenerhöhung** wandte, wurde vom Ständerat abgelehnt; dieser forderte jedoch in einem Postulat, dass die zusätzlichen Einnahmen zur Verbesserung der Programmqualität verwendet werden. In entsprechendem Sinne wurde die Gebührenerhöhung dann vom Bundesrat mit etlicher Verspätung im Herbst in Kraft gesetzt. Oehler gab sich damit jedoch nicht zufrieden und verlangte in einer neuen Motion die Zuständigkeit des Parlaments zur Festsetzung der SRG-Gebühren.¹

1) AB NR, 1979, S. 429 ff.; AB SR, 1979, S. 76 ff.; AB SR, 1979, S. 85; TA, 12.1. und 17.11.79; BaZ, 19.1. und 16.5.79; Presse vom 20.1.79; NZZ, 23.1., 8.3., 14.5., 15.6., 6.7. und 17.11.79; 24 Heures, 15.3. und 26.4.79; LNN, 28.4. und 27.6.79; TW, 2.5.79; TA, 3.5. und 11.9.79; JdG, 5.5.79; TLM, 10.11. und 22.11.79; 24 Heures, 10.11. und 22.11.79.; Verhandl. B.vers., 1979, I, S. 54